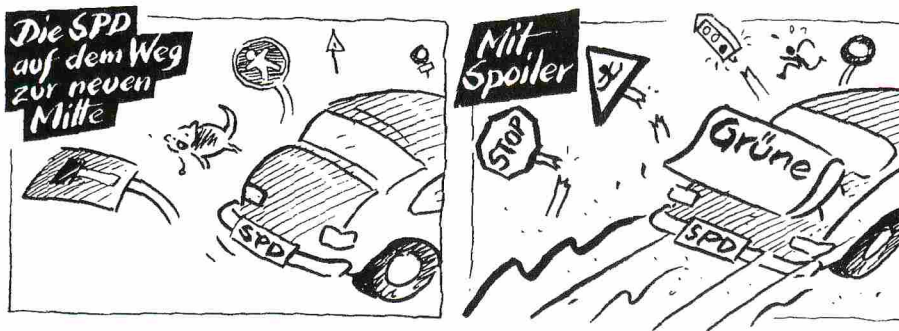


blickpunkt

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf





Nach dem Holzmann-Skandal hörte man auf SPD-Konferenzen auf einmal wieder „Gerhard-Gerhard“-Rufe und auf dem Parteitag bekam er ein ordentliches Ergebnis. In der Presse: „Holzmann saniert Schröder“ (taz) oder „Kohl saniert Schröder“ (Der Spiegel). Dann versaute Glogowski ein wenig die Stimmung. Neben den Gerhard-Jublern gibt es natürlich nach wie vor eine Menge besorgte Sozialdemokraten. Gerhard Dreßler meinte: „... eine Partei, in der man diskreditiert wird, wenn man aus dem Parteiprogramm zitiert, ist bekloppt.“ Es bleibt uns also, genau hinzusehen, wie sich die SPD nach ihrem Parteitag in Berlin weiter entwickelt. In Berlin, in Wiesbaden und in Mörfelden-Walldorf.

Geschichtsklitterung

Die hiesige SPD hat zu ihrem Jubiläum eine „Jahrhundert-Zeitung“ verteilt, in der „besonders die jüngere Generation“ etwas lernen soll. Wer sich halbwegs mit Geschichte, vor allem auch der örtlichen, befaßt, hat kann sich schon wundern über Geschichtsklitterung, unhistorisches Herangehen und Albernheiten. Dabei muß man nicht unbedingt anfügen, daß der Anlaß ein besseres Layout verdient hätte.

Durchweg gibt es eine Grundtendenz: Die SPD sind die Guten, alle anderen machen und machten „Obstruktionspolitik“. Wenn der Ton 1927/28 „rüde“ wird, dann nur bei der KPD. Hätte der Autor, der sich im Ort gar nicht auskennen kann, einmal tiefer im Archiv gekramt, dann hätte er die „rüden Pamphlete“ auch bei der SPD gefunden. Sicher darf man nicht alles auf die Goldwaage legen. Wenn ein Parteimann Parteigeschichte schreibt, dann ist es immer parteiische Geschichte. Aber ausgemachter Unsinn fällt auf die ganze SPD zurück. So z.B. die Darstellung „als 1927/28 die Kommunisten hier stark waren, wäre niemand bereit gewesen in der Gemeinde Geld zu investieren“. Ringsherum waren ja damals Kommunen in denen damals niemand „bereit war sein Geld zu investieren“.

Es war halt überall bittere Not und Arbeitslosigkeit.

Man muß sich da schon sehr wundern, wenn sich in der mitgliederstarken SPD unserer Stadt kein geübterer „Historiker“ findet.

Richtig ist sicher, die Uneinigkeit der damaligen Arbeiterparteien SPD und KPD hat es Hitler erleichtert, ans Ruder zu kommen. Die Gründe des Bruderzwistes allein Thälmann und seiner Partei zuzuweisen ist falsch. Ziemlich albern wird der Schreiber bei der Lokalgeschichte. Da wird die gute SPD nur „madig“ gemacht, man hat „trickreich“ SPD-Leute abgewählt und der KPD-Mann Zwilling hat der Lichtgestalt Klingler sogar eine Aktentasche an den Kopf geworfen. Keiner weiß genau, ob das damals so war, aber der Klingler war weiß Gott nicht „hinne wie vorne“. Kommentieren könnte man vieles - vielleicht noch den Satz: „Erleichtert wird die rasante Entwicklung der Gemeinde 1960 durch den Wegfall der (KPD-Ersatz)-Liste 'ELAS'“. Für Nichteingeweihte: unter Adenauer wurde 1956 die KPD verboten. Viele ihrer Mitglieder kamen in Haft. Kommunistische Parlamentsbeteiligung wurde unterbunden. Und darüber freut sich der Autor. Dafür jammert er bißchen am Schluß der Zeitung. Er beschreibt die heutige Zeit und meint: „Die SPD, für Reformen angetreten muß wieder zunächst unpopuläre Reparaturarbeiten leisten.“ Also, wieder einmal Arzt am Krankenbett des kapitalistischen Systems. Und dafür sollen wir dann alle Verständnis aufbringen, meint jedenfalls Gerhard Bökel, SPD-Vorsitzender Hessen-Süd, auf der letzten Seite: „In Berlin kann nur verwirklicht werden, was wir den Bürgern glaubhaft vermitteln können.“ Da haben wir's wieder, die Leut sind zu blöd um zu begreifen, wie gut es die SPD mit ihnen meint. rh



Endlich

Nach unzähligen Initiativen der DKP/OL-Fraktion wurden in der Stadt vernünftige Fahrradständer montiert.

Bis zur von uns geforderten „fahrradfreundlichen Stadt“ sind noch viele weitere Schritte notwendig. Wir bleiben dran.

LESERBRIEF

Den Weg zwischen meiner Wohnung und meiner Arbeitsstätte im Gewerbegebiet Langen-Neurott lege ich regelmäßig mit dem Fahrrad zurück. Da ein Befahren der engen, gefährlichen B 486 nicht in Betracht kommt, bleibt nur noch der Weg durch den Wald. Wegen des zum Teil unbefestigten Weges im Bereich des ehemaligen Munitionsdepots läßt sich dieser Weg insbesondere bei schlechtem Wetter nur unter Gefährdung befahren. Ich arbeite im Schichtdienst und fahre deshalb auch nachts diesen Weg, da es zu meinem Arbeitszeitende 23.45 Uhr keine zumutbare öffentliche Nahverkehrsmöglichkeit gibt. Nun gäbe es eine Alternative. Von Mörfelden kommend zur Ampelanlage am Badeseesee, dann rechts über die alte "Aschaffener Straße" beim Sehring vorbei. Obwohl die B 44 innerhalb dieses Bereiches aus Sicht des Radfahrens übersichtlicher scheint, ist es auch hier nicht ungefährlich. Ein abgesetzter Radfahrstreifen entlang einer Fahrbahnseite im Bereich der Autobahnbrücke würde hier für mehr Sicherheit sorgen. Nach meinen Beobachtungen bin ich übrigens nicht der einzige radfahrende Benutzer dieser Wegführung.

Peter Cornels, Dr.-Adler-Str. 15



„Sagt endlich, was ihr heute wollt!“

Sind sie eigentlich gegen den Flughafen-Ausbau unsere örtliche Sozialdemokraten?

Baldur Schmidt, der Erste Kreisbeigeordnete, meint: „Weil das Mediationsverfahren zum möglichen Ausbau des Airports noch im Gange ist, will die aus den Anrainerstädten und -gemeinden bestehende Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen zur Zeit noch nicht laut protestieren“. (FR 24.11.)

Kurt Oeser und Bernhard Brehl halten sich aus dem selben Grund ebenfalls vornehm zurück.

H.J. Vorndran ist aber jetzt mal berechtigterweise der Kragen geplatzt.

War ja auch gar zu dreist, was da die Petra Roth, CDU-Oberbürgermeisterin von Frankfurt, absonderte: Zwei neue Bahnen im Süden - auch wenn unsere Stadt dann nicht mehr bewohnbar ist.

Doch auch bei Vorndran muß man konkret fragen: Ist er nur ärgerlich, weil Petra Roth die Südbahnen forderte?

Also, wenn man die Nordbahn nimmt, oder Erbenheim, oder man steigert auf dem bestehenden Gelände - ist das dann OK?

Für die Bürgerinnen und Bürger wäre das aber nicht in Ordnung, denn der Krach und Dreck des immer weiter steigenden Flugverkehrs würde ja in der kleinen Rhein-Main-Region bleiben.

Den vier genannten Sozialdemokraten, aber auch anderen, dem Jürgen May, dem Enno Siehr, natürlich auch allen anderen örtlichen Parteivertretern (vor allem auch der CDU), sollte man schon die Frage stellen: Was haltet ihr überhaupt von der Ausweitung?

Auf einer Bürgerversammlung am 18. 11. 97 haben sie noch alle einer von mir eingebrachten Resolution zugestimmt in der es hieß: „Wir werden alles tun, damit es nicht erneut zu einer Erweiterung kommt.“

Und die SPD-Fraktion legte am 28.11.97 der Stadtverordnetenversammlung eine Resolution vor, in dem der Satz steht: „Die Forderungen . . . zum Bau einer neuen Start- und Landebahn . . . werden entschieden zurückgewiesen.“

Hat sich an dieser Haltung etwas verändert?

Es wäre gut, man würde sich da mal äußern. Immerhin, in gut einem Jahr sind wieder Kommunalwahlen.

Rudi Hechler

DGB-Resolution

Ortskartelle im DGB-Kreis Starkenburg (Auszug)

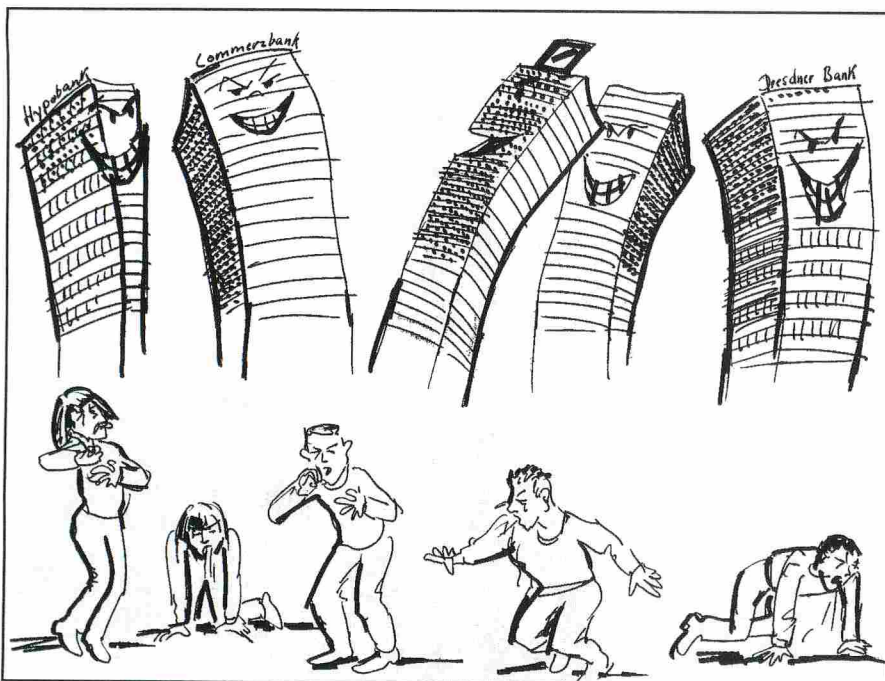
„Wir Gewerkschafter aus den Ortskartellen der Flughafenregion, die sich am 30.11.1999 in Rüsselsheim versammelten, erwarten vom DGB-Landesbezirksvorstand und unseren Vertretern im Mediationsverfahren vor allem, die Region und ihre gewerkschaftlichen Interessenvertreter vor Ort in seine Diskussions- und Entscheidungsfindung mit einzubeziehen, bevor bindende Entscheidungen getroffen werden. ...

Unter uns herrscht Klarheit und Einigkeit: Wir sind keine prinzipiellen Gegner des Flughafens, aber dem tiefen Eingriff in die Natur mit dem unvergessenen Bau der Startbahn 18 West scheint nun der Angriff auf den Menschen, die Gesundheits- und Lebensqualität einer ganzen Region zu folgen. Die Steigerung der Anzahl der Nachtflüge von 80 in 1997 auf bis zu 200 geht der geplanten Steigerung der Flugbewegungen insgesamt von 430.000 auf 660.000 oder mehr pro Jahr voraus.

Untrennbar verknüpft mit dieser noch nie gekannten Dimension soll sich ein unerträglicher Lärm-, Abgas- und Gefahrteppich über unsere Heimatregion legen, begleitet von einer radikalen Minderung der Wohn-, Freizeit- und Erholungsqualität für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen bis hin zur Wertminderung an erarbeitetem Eigentum und der Unbewohnbarkeit von ganzen Gemeinden oder Stadtvierteln.

Deshalb halten wir an unserer gemeinsamen Auffassung fest, daß das Ende der Fahnenstange erreicht ist: Es darf nicht soweit kommen, daß wir demnächst wegfliegen müssen, um dem Lärmteppich hier zu entfliehen.

Unser zentrales Anliegen bleibt die Durchsetzung eines totalen Nachtflugverbotes und die Festschreibung der vorhandenen Kapazitäten, untrennbar verbunden mit der Forderung nach einer intelligenten, zwischen allen Verkehrsträgern abgestimmten nationalen und europäischen Verkehrspolitik.“



Flughafenerweiterung. „Es lache die Banke . . . im Umland mehr Kranke!“

Die Reichen werden reicher!

Das Geldvermögen privater Haushalte in Deutschland wächst und wächst.

1970:	524 Milliarden DM
1980:	1.484 Milliarden DM
1992:	3.716 Milliarden DM
1994:	4.312 Milliarden DM
1996:	4.955 Milliarden DM
1998:	5.683 Milliarden DM

Und es befindet sich in wenigen Händen:

Die Reichsten 5,5% der Haushalte in Westdeutschland besitzen fast ein Drittel, (31,7%) des gesamten Geldvermögens, während sich die Hälfte der Menschen mit 9,1% begnügen muß.

Zehn Prozent der Haushalte besitzen 60 Prozent des Gesamtvermögens.

Drei Prozent der Haushalte in Westdeutschland verfügen über 80 Prozent des Produktivkapitals.

Fünf Prozent der Steuerzahler verfügen über 57 Prozent des Aktienvermögens.

Fünf Prozent der Haushalte besitzen fast 20 Prozent des Immobilienvermögens.

Da ist es der reinste Hohn, wenn Schröder nur Minimalforderungen formuliert.

Wir sagen: Die Reichen müssen abgeben. Gewinne aus Vermögen und Spekulationen sollen herangezogen werden, um einen Zukunftsfonds zu finanzieren. Dies erfordert das Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

Schon 1993 verfügten in Deutschland 2,7 Prozent der Haushalte über 2650 Milliarden Mark oder 28 Prozent des gesamten Nettovermögens. Inzwischen hat sich die Konzentration von Geldvermögen weiter verstärkt. Bei Privatvermögen von über einer Million Mark bringt eine einprozentige Abgabe rund 32 Milliarden Mark, rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vor.

Geld genug, um den von der Regierung versprochenen „Politikwechsel“ zu bezahlen. Wird wohl nix - lieber schröpft man die „Kleinen“.

In der reichen Bundesrepublik Deutschland leben 5 Millionen Menschen in Armut

Bei Erwachsenen führt Krankheit zu Armut, bei Kindern hat Armut oft Krankheit zur Folge. Dies ergab eine wissenschaftliche Studie der Universität Marburg, auf die sich in Berlin die „Nationale Armutskonferenz“ berief.

So würden die Regelsätze für Sozialhilfeempfänger gedeckelt statt erhöht. „Kaum jemand interessiert sich für den tatsächlichen Bedarf von Menschen in Not.“ Sozialämter blieben untätig, machten Hilfeempfänger mit bürokratischen Forderungen „mürbe“ - oder legten die „zumutbare Arbeit“ so aus, daß die individuelle Lebenslage der Betroffenen es diesen nicht ermöglichen, sie anzunehmen. Folge davon sei, daß Leistungen gekürzt würden oder die Hilfeempfänger gar nicht mehr auf dem Amt erschienen.

Daß die Bundesregierung bisher ablehnte, Sozialhilfe empfangende Familien in die Kindergelderhöhung einzubeziehen, hält die Konferenz für skandalös. „Von sozialer Gerechtigkeit kann wohl hier nicht mehr gesprochen werden“, hieß es.

2.908.000 Personen waren Ende 1998 auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind 2 Millionen „verdeckt Arme“, die berechnete Ansprüche auf Unterstützung nicht geltend machen. Armut sei nicht zwangsläufig mit Hunger und Mangelernährung gleichzusetzen, wurde festgestellt, Studien belegten aber, daß in Sozialhilfehaushalten am Es-

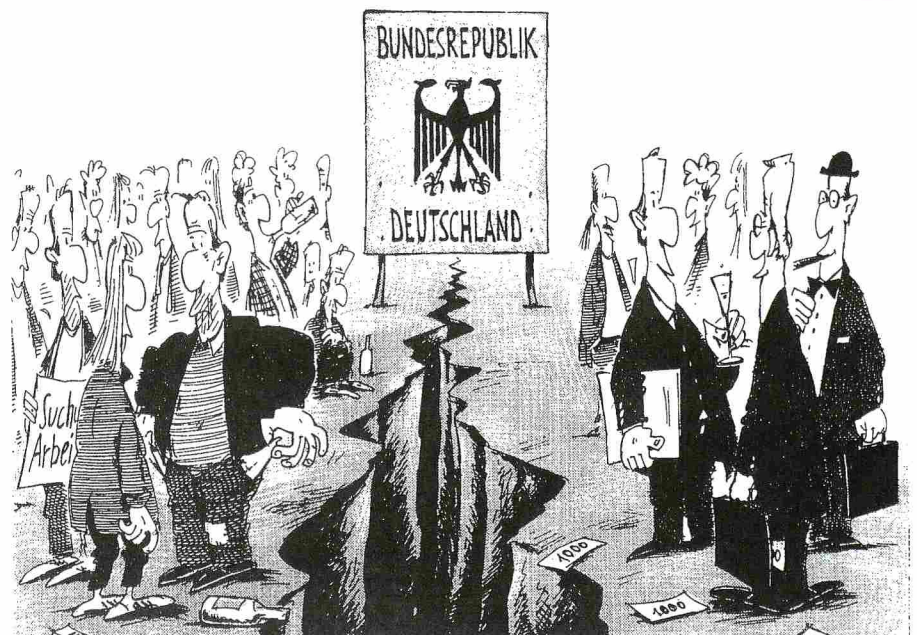
sen gespart werde, weil andere Möglichkeiten ausgeschöpft seien. Man mute Menschen mit geringem Einkommen unausgewogene Ernährung zu. Einem nordrhein-westfälischen Sozialhilfebezieher stehen beispielsweise pro Tag 9,10 Mark für Essen und Trinken zur Verfügung. Abwechslungsreiche und vollwertige Kost sei der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zufolge allerdings 30 Prozent teurer. Laut Untersuchungen aus Hannover haben arme Menschen in der Bundesrepublik eine rund 7 Jahre kürzere Lebenserwartung als reiche, erklärte der Sozialmediziner Gerhard Trabert. Der Herzinfarkt sei keine „Managerkrankheit“ mehr, sondern trete gehäuft bei Menschen mit niedrigem sozioökonomischem gesellschaftlichem Status auf.

„Wenn wir im Oktober in Bonn die Regierung stellen, wird die private Vermögenssteuer wieder eingeführt - zum Nutzen der Länder und ihrer Bildungspolitik.“

Ministerpräsident Hans Eichel, am 1. Mai 1998 in Rüsselsheim

„Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer steht nicht zur Debatte.“

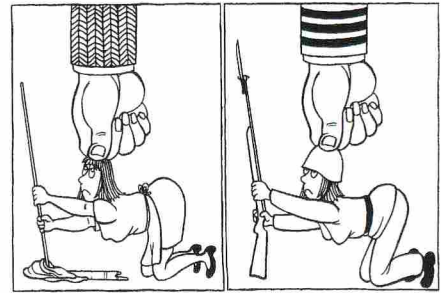
Bundesfinanzminister Hans Eichel, am 2. Juli 1999 in Bonn



Zahl der Sozialhilfeempfänger in Mörfelden-Walldorf steigt

Auf Antrag der DKP/OL-Fraktion hat der Magistrat Mörfelden-Walldorf einen Bericht über die soziale Situation vorgelegt. Daraus geht hervor, daß die Zahl der auf die finanzielle Hilfe der Allgemeinheit angewiesenen Menschen in der Stadt von 1997 auf 1998 um über 30% angestiegen ist. Rund 1000 Bürger waren Ende 1997 nicht in der Lage, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Im Januar 1998, also rund ein Jahr später, ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger nach dem Magistratsbericht auf 1335 gestiegen. Es sind mehr Frauen (725) als Männer (610), die unterstützt werden. In relativ armen Verhältnissen lebten auch viele Kinder. Im Alter bis zur Einschulung waren es 1997 ungefähr 170 Jungen und Mädchen, ein Jahr später 236. Im Alter bis 20 Jahre bezogen 536 Sozialhilfe, 406 waren es Ende 1997. Bei der Untersuchung fiel auf, daß immer mehr Personen die Hilfe zum Lebensunterhalt als eine ergänzende Unterstützung erhalten. Das bedeutet, die Betroffenen haben zwar ein Einkommen, doch die Summe ist so gering, daß Hilfe geleistet werden muß, weil das monatliche Einkommen unterhalb der Regelsätze für die Sozialhilfe liegt. Das Papier enthält außerdem Anga-

ben über Arbeitslosigkeit in Mörfelden-Walldorf. Rund 1000 Menschen ohne Arbeit wurden gezählt. Das entspricht einer Quote von 8,1 Prozent im September 1998. Im Bericht heißt es, daß immer mehr Jugendliche „auf der Straße stehen“. Ende 1997 suchten 700 Haushalte, das sind ca. 2100 Menschen, eine Wohnung. In unserem Land gibt es immer mehr Arme und immer mehr Superreiche. Der vorgelegte Sozialbericht weist darauf hin, daß diese Entwicklung um unsere Stadt keinen Bogen macht. Immer wieder hören wir: „Meine Rente ist gleichgeblieben, aber in den letzten Monaten wurde wirklich alles teurer.“ Andere berichteten von skandalösen Entwicklungen im Gesundheitswesen: „Mir wurde ein ganzes Arbeitsleben lang der Krankenkassenbeitrag abgezogen und jetzt hat mir der Urologe ein dringend notwendiges Medikament verweigert, weil sein Budget ausgereizt sei.“ Wieder andere Gesprächspartner meinten: „Wer in dieser Zeit weiter Gebührenerhöhungen beschließt, trägt dazu bei, daß die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer wird“.



Frauen zur Armee

Jüngst konnte man in der Zeitung lesen, dass die EU sich um die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in Deutschland sorgt. Grund war die Abweisung einer Frau, die zur Bundeswehr möchte. Die Diskriminierung der Frauen in Gesellschaft und Beruf, die geringeren Chancen für Frauen in sog. gehobenen Berufen in Wirtschaft und Bürokratie, oder das Abdrängen von Frauen in Teilzeitarbeit, in niedere Lohngruppen, in ungeschützte Arbeitsverhältnisse, das war den Herren in Brüssel (man darf annehmen, dass es Herren waren) keinen Rüffel wert.

Klar, diese Missstände gibt es ja auch in allen EU-Ländern. Dass der Gleichberechtigung gerade über Frauen in der Armee zum Durchbruch verholfen werden sollte, verwundert sehr. Die Militarisierung der Gesellschaft lässt grüßen. DR

30 Jahre gebührenfrei

Der Allendeplatz, das Areal zwischen Bgm.-Klingler-Str. und Schumannstr. gehörte der Stadt. 1970 wurde ein Teil verkauft, damit sich dort der Spar-Markt etablierte. 1995 fand ein Besitzerwechsel statt. Ein größeres Haus entstand (Ledi- jetzt Plus-Markt). Die Stadt kehrt die Straße rund um das Areal. Auf eine Anfrage erhielten wir die Antwort, dass die Straßenreinigungskosten den Privateignern nicht in Rechnung gestellt wird. Scheinbar ist es seitens der Verwaltung versäumt worden. Außerdem, so entschuldigte man sich, könnte die Kehrmachine die Besen nur im Stillstand heben und senken, was für den Fahrer erschwerend sei. Solch dumme Argumente soll man aber nicht gelten

lassen. Vielleicht sieht man es auch als besondere Wirtschaftsförderung an, wenn vor Geschäften kostenlos gekehrt wird. Wir nehmen an, dass von derartig laxer Gebührenberechnung auch das hohe Defizit beim Posten Straßenreinigung herrührt. Denn dass das geschilderte Beispiel ein Einzelfall ist, können wir nicht glauben.

blickpunkt
im
internet
<http://www.DKP-Hessen.de/>

Die Anti-Kriegs-Initiative Mörfelden-Walldorf lädt ein zu einer Informationsveranstaltung

Ökologische Kriegsführung als Bestandteil moderner Militärstrategie

Referent:
Prof. Dr. Knut Krusewitz, Freie Universität Berlin

Montag, 17. Jan. 2000, 20 Uhr, im Vereinsraum „Goldener Apfel“, Mörfelden





Im Zweiten Weltkrieg wurden Millionen Menschen aus vielen Ländern Europas als Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert. Sie erhielten keinen oder fast keinen Lohn.

Jeder Mensch, der zu Unrecht inhaftiert war, oder der für seine Arbeit nicht entlohnt wurde, hat Anspruch auf Entschädigung. Das gilt auch für die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

Über Jahrzehnte wurden Klagen von ihnen abgewiesen. Ihre Ansprüche könnten erst nach einem Friedensvertrag geregelt werden. Dann bekamen viele Kläger die Antwort, jetzt seien ihre Ansprüche verjährt.

Allein als Entschädigung für die nicht gezahlten Löhne stünde den ehemaligen Zwangsarbeitern und ihren Erben eine dreistellige Milliardensumme zu. So viel verlangen ihre Anwälte nicht einmal.

60 Jahre nach Kriegsbeginn hat die deutsche Industrie endlich eine Stiftung für die Entschädigung gegründet, an der sich allerdings nur ein Bruchteil der betroffenen Unternehmen beteiligen. Ihr Angebot ist minimal. Dabei müßten sie nur die Hälfte zahlen, da Stiftungsgelder zu 50 Prozent über die Steuer zurückgeholt werden können. Die Bundesregierung will 2 Milliarden dazu geben.

Die deutsche Industrie ist Exportweltmeister. Die Banken haben dicke Gewinnpolster. Das Durchschnittsalter der ehemaligen Zwangsarbeiter ist 75 Jahre. Täglich vermindert der Tod ihre Zahl. Es wird deutlich: Industrie, Banken und Bundesregierung setzen auf die „biologische Lösung“.

Ehemaliges Munitionsdepot

Jahrzehntelang forderten wir die Auflösung des Munitionsdepots. Nach dem Abzug der Amerikaner und der Räumung ist das Gelände immer noch umzäunt und für die Bevölkerung nicht zugänglich. In den Bunkern werden seit einiger Zeit Champignons gezüchtet. Ist es vom pazifistischen Standpunkt willkommen, dass Kriegseinrichtungen auf zivile Nutzung umgestellt werden, so ist die Umzäunung eines Teils des Erholungs- und Bannwaldes nicht hinzunehmen. Zudem ist eine landwirtschaftliche Nutzung in einem geschützten Wald ungesetzlich. Der Bund, Eigentümer des Waldes, will nun verkaufen; das heißt inklusive der Bunker. Sie wären sodann vom neuen Eigentümer zu beseitigen. Die Kosten, so schätzt man, werden den Kaufpreis bei weitem übersteigen. Unter diesen Umständen dürfte sich schwer ein Käufer finden lassen und wenn, heißt es dann, dass der Wald für immer der öffentlichen Begehrbarkeit entzogen bleibt? R. D.

Kreisverkehr

Im benachbarten Ausland lange erprobt und mit besten Ergebnissen und Urteilen bedacht, „erfindet“ man in unseren Landen auch den Kreisverkehr zur besseren, problemloseren Verkehrsführung. Der kostengünstigere Bau eines Kreisels im Gegensatz zur Ampelregelung hat den Vorteil, dass der Verkehr besser fließt.

Die Kreuzung Vitrolles-Ring/Alpenring und Vitrolles-Ring/Zillering sollen derart umgebaut werden. Davon verspricht man sich auch eine Verlangsamung der Verkehrsströme und damit Reduzierung des Lärms und der Abgase.

Die Radfahrer werden in den Kreis geführt (eine Empfehlung, die auch der ADFC ausspricht); das sollte bedeuten, dass der Radweg entlang des Vitrolles-Rings bis zur Kreuzung Alpenring zu verlängern ist. Eine Planung und Ausführung sollte vorrangig betrieben werden, um nachträgliche Kosten zu sparen. rd

Komfort am Bahnhof Walldorf

Der Vertreter eines Planungsbüros erläuterte den Stadtverordneten die Vorstellungen zum Umbau und zur Attraktivität des Walldorfer Bahnhofs und -umfeldes. Verbesserte Zugänge zu den Bahnsteigen einschl. deren Erhöhung, mehr P+R-Plätze, mehr und sichere Fahrradabstellmöglichkeiten, mehr Sicherheit und Übersichtlichkeit der Bahnreisenden versprechen die Planungen. Die Kosten, auf ca. 5,7 Mill. DM geschätzt, teilen sich Bahn, RMV und Stadt.

Recht optimistisch könnte man meinen, dass die Missstände bald beseitigt seien. Doch Skepsis beschleicht uns. Wir haben die Bahn als Vertragspartner, und die hat sich in der Vergangenheit als sehr unzuverlässig und bürokratisch-hochnäsiger gezeigt. Und sollte die Sanierung gelingen, verbleiben immer noch ungenügende Zugverbindungen, unsichere und unsaubere Züge und auch die Verspätungen.

Tartanbahn bald Realität?

Es scheint so zu sein. Der Zuschussantrag der SKV auf finanzielle Hilfe aus Wiesbaden wurde positiv entschieden. Nun hat auch der Kreis sein Ja signalisiert. Inzwischen hat auch die stadtinterne Diskussion um Förderung und Renovierung des Mörfelder Waldstadions und damit einer Tartanbahn eine positive Wendung genommen.

Die Stadt hat mit einer ersten Zuschussrate von 45.000 DM im 2000er Haushalt ihren Teil zum Gelingen beigetragen. Somit ist der Großverein am Zug sofort nach Eintreffen des Bewilligungsbescheides die Baumaßnahmen zu beginnen.

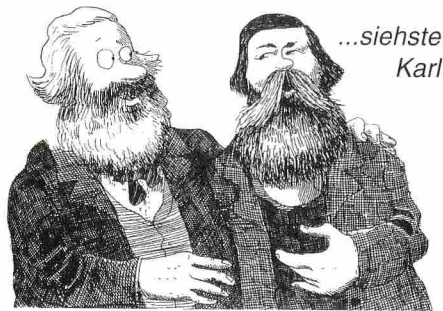
Dass der Verein und seine Mitglieder ihr Engagement beim Umbau einbringen, ist klar. D. R.

Lärmschutzwand

Nachdem für das neue Baugebiet Passage/Lange Äcker eine Lärmschutzwand entlang der Bahnlinie zwingend vorgeschrieben ist, geht die Diskussion um die Kosten und vor allem um die Kostenverteilung. Jetzt besagt ein neues Lärmgutachten, dass die Wand auch kürzer doch dafür höher sein könne. Statt an der Bahnstr. endet die Wand nun an der Aillaudstr. Das bedeutet, dass viele Bewohner des alten Baugebietes zu den Kosten nicht herangezogen werden. Dadurch verteilen sich die Beiträge zum Bauwerk - durch die Verkürzung verringert sich auch der Preis etwas - zu etwa 30% auf das alte und zu ca. 70% auf das neue Baugebiet. Es kann natürlich auch sein, dass einige Anwohner trotzdem mehr bezahlen müssen, weil sich der Zahlerkreis verkleinert. Auch endet die simulierte Begrenzung nicht mehr an der Mörfelder Str.; sie geht teilweise darüber hinaus. Theoretisch ist jeder Anwohner kostenpflichtig, der eine Lärminderung von mehr als 3 dB(A) hat.

Von Verwaltungsseite wird Optimismus verbreitet: Genau nach Gesetz und höchstrichterlicher Rechtsprechung sei verfahren worden. Und doch wird man das Gefühl nicht los, dass bei evtl. Klagen andere Richter zu anderen Urteilen kommen und die Stadt letztendlich auf den Kosten sitzen bleibt.

Das ganze Verfahren zeigt aber auch die Schwierigkeit, in einem derart belasteten Ballungsraum Wohngebiete auszuweisen. Allein aus ökonomischen Gründen wird es in Zukunft für Städte oder private Grundstücksbesitzer schwer werden, die Kosten für den Schutz aufzubringen.



Der Leserbrief eines Pfarrers in der „FR“ zum Holzmannesaster ist es wert, ihn hier nochmals wieder zu geben:

„Karl Marx ist tot - Jesus lebt“, hat der Herz-Jesu-Sozialist Norbert Blüm einmal gesagt. Was wohl die Philipp-Holzmann-Belegschaft dazu sagt? Irgendwelche hochbezahlten A...geigen haben ihre Firma gekillt, die Leute sind bereit, 43 Stunden zu arbeiten und für sechs Prozent weniger Lohn, und die Banken lassen sie wegen ein paar Millionen Markt über die Klinge springen (damit Hochtief die Reste von Holzmann schlucken kann?).

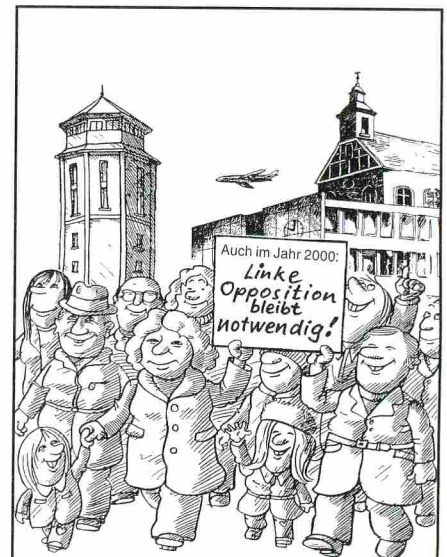
Die „Manager“ werden zu Weihnachten in Bad Homburg Bach-Konzerte besuchen und in Königstein ihren Festtagsbraten essen. Über 60.000 Menschen (und deren Familien) werden an Weihnachten in die Röhre gucken. Im Bauernkrieg hieß es „Die Herren machen es selbst, dass der arme Mann ihr Feind wird.“ Ja, Gott sei Dank, stimmt es trotzdem: Jesus lebt.

Aber Karl Marx lebt auch. Die „Nieten im Nadelstreifen“ kämpfen effektiver für seine Auferstehung als jede kommunistische Propaganda. Frohe Weihnachten!



Kohl, Glogowski, Hombach, Leisler Kiep ... (Wird fortgesetzt!)

Flughafenerweiterung. Sieher ins Jahr 2000.



*Frohe Weihnachten
und
ein glückliches
neues Jahr
wünschen die*

DKP

Mörfelden-Walldorf,
DKP/Offene Liste
und die
„blickpunkt“-Redaktion

Stadtgeschichten



Das Ziehharmonikaspielen in der Gruppe begann in Mörfelden schon Anfang der dreißiger Jahre. Im Jahre 1935 wurde dann in der Gaststätte „Zum Schwanen“ das Handharmonika-Orchester gegründet. Im zweiten Weltkrieg war es mit dem Musizieren bald vorbei, und erst 1945 war ein Neubeginn unter dem Dach der Sport- und Kulturvereinigung (SKV) möglich. In den 50er Jahren hatte man bereits 70 Spieler zusammen. Nach einigen Jahren der Stille wurde 1968 mit neuen Instrumenten (Akkordeon) von den Aktiven Ernst Capelle, Horst Feldmann, Erhard Röth und Wilhelm Schulmeyer die heutige Abteilung neu gebildet. Bei vielen Veranstaltungen in unserer Stadt hat das Akkordeon-Orchester heute einen festen Platz.



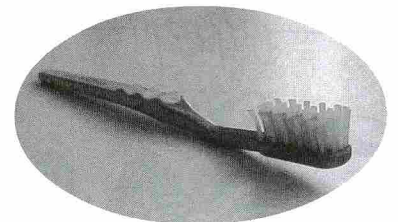
Das Foto aus den ersten Jahren, etwa 1935 während einer Übungsstunde im Cafe des „Frankfurter Hofes“ in Mörfelden aufgenommen, zeigt von links, stehend: Fritz Bächtle, Alfred Weil, Adolf Born, Wilhelm Dammel, Dirigent Heinrich Heß, Willi Arndt, Max Niedermann, Willi Schwappacher, Karl Siegel, Heinrich Geiß. - Sitzend: Walter Schaffner, Irma Kolbe geb. Schulmeyer, Mina Schulmeyer geb. Cäsar, Herta Kolbe geb. Niedermann, Hermann Schlapp.

Herzlichen Dank!

Der „blickpunkt“ kann regelmäßig erscheinen, weil die Mandatsträger der DKP/OL ihre Sitzungsgelder vollständig dafür zur Verfügung stellen. Trotzdem würde es nicht reichen für die monatliche Herstellung der Zeitung. Wir sind deshalb immer auf Hilfe angewiesen. Wir bedanken uns für die Spenden, die uns zum Jahreswechsel erreichten, wir freuen uns auf Zuwendungen beim Start ins Jahr 2000. Ohne den „blickpunkt“ wäre das politische Leben in unserer Stadt farblos.

Deshalb: Jede Mark hilft dem „blickpunkt“!
Unser Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553

Unser Lexikon



**Zoobersch
Zahnbürste**